

Senatssitzung am 21.02.2024

Stellungnahme des Senats der Albert-Ludwigs-Universität gegen Rassismus und Antisemitismus

Der Senat der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg verurteilt entschieden antidemokratische Bestrebungen und damit verbundene Menschenverachtung und schließt sich dem Statement des Präsidiums der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) vom 23.01.24 „[Wissenschaft braucht freiheitliche Demokratie und Rechtsstaatlichkeit](#)“ an.

Der Senat verurteilt jede Form von Rassismus und Antisemitismus in allen Bereichen der Universität und duldet keine Diskriminierung von Universitätsmitgliedern aufgrund ihrer Staatsangehörigkeit, ethnischen Herkunft oder Annahmen darüber. Er stellt sich ausdrücklich an die Seite derjenigen Universitätsmitglieder, die durch aktuelle gesellschaftliche oder politische Entwicklungen, insbesondere die jüngst bekannt gewordenen Vertreibungspläne, bedroht werden. Die internationale Zusammenarbeit ist ein Grundpfeiler für wissenschaftliche Erkenntnisse, und gute Wissenschaft braucht Vielfalt. Es ist schon jetzt eine wichtige Aufgabe der Universität, diese Vielfalt zu fördern, allen diskriminierenden und benachteiligenden Strukturen zum Trotz. Diejenigen, die unser Wissenschaftssystem mit Vielfalt bereichern – und das teilweise unter erschwerten Bedingungen –, dürfen in der Ausübung ihres Berufs oder Studiums keinen Bedrohungen oder Ängsten ausgesetzt werden. Der Senat verwehrt sich zudem dagegen, dass Forschungsergebnisse zu antidemokratischen Zwecken instrumentalisiert werden.

Der Senat ist sich hierbei auch der historischen Verantwortung der Universität Freiburg bewusst. Martin Heidegger, Rektor der Universität von 1933 bis 1934, formulierte in seiner programmatischen Antrittsrede vom 27. Mai 1933 seinen Willen zu einer Gleichschaltung mit dem nationalsozialistischen Regime. Die Universität wurde nach dem „Führerprinzip“ ausgerichtet, ethnisch oder politisch missliebige Personen wurden von der Universität ausgeschlossen. Im Gegensatz dazu orientiert sich das Leitbild der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg an Offenheit für Vielfalt und Chancengerechtigkeit. An diesen Werten soll gemessen werden, was wir tun, wer wir sind – und alles, was wir noch werden möchten. Auf diese Worte wollen wir Taten folgen lassen, um diese Werte zu schützen und zu verteidigen. Dazu gehören ein Bewusstsein für Alltagsrassismus und andere Diskriminierungsformen, die Ermöglichung von Gesprächen und die Einbeziehung von Personen(-gruppen), die Diskriminierung erfahren.